

Germany-Coburg: Engineering services

OJ S 193/2020 05/10/2020

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Stadt Coburg – Personal- und Organisationsamt – Zentrale Beschaffungsstelle

Postal address: Steingasse 18

Town: Coburg

NUTS code: DE243 Coburg, Kreisfreie Stadt

Postal code: 96450

Country: Germany

Contact person: Herr Christopher Löffler

E-mail: Beschaffungsstelle@coburg.de

Telephone: +49 9561-893155

Fax: +49 9561-8963159

Internet address(es):

Main address: www.coburg.de/Vergabeseite

I.2. Information about joint procurement

The contract is awarded by a central purchasing body

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: https://tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-174d52cd15d-5ce6372270df0bd5

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: www.tender24.de

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Coburg – Neugestaltung von Teilbereichen des ehem. Schlachthof- und Güterbahnhofareals – Objektplanung Verkehrsanlagen + Ingenieurbauwerke; Fachplanung Tragwerk

Reference number: 1020-0452-2020/001376

II.1.2. Main CPV code

71300000 Engineering services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Objektplanung Verkehrsanlagen + Ingenieurbauwerke; Fachplanung Tragwerk.

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 580 359,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE243 Coburg, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: 96450 Coburg

II.2.4. Description of the procurement

Die Stadt Coburg strebt ein städtebaulich integriertes Gesamtkonzept auf Grundlage der Fortschreibung Rahmenplanung vom 16.10.2019 und des Bebauungsplanentwurfs Nr. 9/5 für das ehemalige Schlachthof- und Güterbahnhofareal an. Die Erschließung von Teilen des Schlachthof- und Güterbahnhofsareal ist in 9 Objektsflächen unterteilt. Jede einzelne beinhaltet sowohl Freianlagen, als auch Verkehrsflächen.

Die Planung der Verkehrsanlagen, Ingenieurbauwerke und Tragwerksplanung soll von einem Ingenieurbüro übernommen werden.

Mit Planung der Freianlagen soll ein Büro beauftragt werden, welches zusätzlich zur Freianlagenplanung die Projektoberleitung übernimmt. Dieses legt die architektonischen Ansprüche des Bauherren fest und setzt diese um. Zu seinen Aufgaben gehören aber auch die leistungsbildübergreifenden planerischen, wirtschaftlichen und terminlichen Koordinationen, sowie die Integrationsleistungen mit sämtlichen weiteren Planern.

Die einzelnen Optionsflächen haben unterschiedliche Schwierigkeitsgrade. Die Leistungsphasen 1 und 2 sollen für alle Optionsflächen gemeinsam bearbeitet werden, um eine durchgängiges Konzept zu erhalten. Die Honorargrundlage für die Verkehrsanlagen ist dabei eine einheitliche Honorarzone für alle 9 Optionsflächen, sowie die Summe der einzelnen anrechenbaren Kosten der Optionsflächen.

Für die restlichen Optionsflächen behält sich der AG vor, die Optionsflächen zeitlich getrennt voneinander zu planen und zu bauen. Hierbei wird das Honorar separat für jede Optionsfläche mit eigener Honorarzone und anrechenbaren Kosten ermittelt.

Die Vorentwurfsplanung (Stufe 1) der Optionsflächen 0 bis 8 soll in den Sitzungen des Senates für Stadt- und Verkehrsplanung, sowie Bauwesen und im Stadtrat im April 2021 zur Entscheidung vorgelegt werden. Dies wird Grundlage für die weiteren politischen und haushaltsrelevanten Entscheidungen sein. Für die Optionsflächen 1 bis 5 und 8 ist der Zeitpunkt der Weiterführung der Planung und Umsetzung der Maßnahmen noch nicht endgültig festgelegt.

Für die Optionsflächen 0, 6 und 7 ist die Planung unmittelbar weiterzuentwickeln. Die Beschlussfassung zur Entwurfsplanung hierfür ist in den Sitzungen der politischen Gremien im Juli 2021 vorgesehen.

Die Fertigstellung der Baumaßnahmen der Optionsflächen 0 und 7 ist für Ende 2022 vorgesehen. Die für die Baumaßnahmen der Optionsfläche 6 für Frühjahr 2023.

Leistungsbilder:

Objektplanung Verkehrsanlagen (LPH 1-9 HOAI)

Objektplanung Ingenieurbauwerke (LPH 1-9 HOAI)

Fachplanung Tragwerke (LPH 1-6 HOAI)

Stufenweise Beauftragung:

— Stufe 1: LPH 1-2 HOAI;

— Stufe 2: LPH 3 HOAI;

— Stufe 3: LPH 4-7 HOAI;

— Stufe 4: LPH 8-9 HOAI.

Anrechenbare Kosten insgesamt über alle Optionsflächen (ca.):

— Verkehrsanlagen: 6 512 000,00 EUR (netto);

— Ingenieurbauwerke: 965 000,00 EUR (netto);

— Tragwerksplanung: 868 500,00 EUR (netto).

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Erkennen der Aufgabenstellung und der Projektanforderungen / Weighting: 10,00

Quality criterion - Name: Organisation und Schilderung der Arbeitsweise / Weighting: 8,00

Quality criterion - Name: Methodik zur Kosteneinhaltung / Vorgehensweise bei Kostenabweichungen / Weighting: 2,00

Quality criterion - Name: Methodik zur Termineinhaltung / Vorgehensweise bei Terminabweichungen / Weighting: 2,00

Quality criterion - Name: Präsenz auf der Baustelle in der Bauphase / Organisation der Bauüberwachung und Ablauf der Jour-Fixe / Weighting: 15,00

Quality criterion - Name: Präsenz/Erreichbarkeit für den Auftraggeber in der Planungsphase / Weighting: 10,00

Quality criterion - Name: Persönliche Vorstellung des/der Gesamtprojektleiter/innen mit Darlegung des persönlichen Erfahrungshintergrundes bzw. der persönlichen Kenntnisse sowie der Einbindung in andere Projekte / Weighting: 15,00

Quality criterion - Name: Persönliche Vorstellung des/der stellvertretenden Gesamtprojektleiter/innen mit Darlegung des persönlichen Erfahrungshintergrundes bzw. der persönlichen Kenntnisse sowie der Einbindung in andere Projekte / Weighting: 5,00

Quality criterion - Name: Erfahrung des/der für die konkrete Auftragsdurchführung vorgesehenen Gesamtprojektleiter/innen anhand der Darstellung einer bereits erbrachten, vergleichbaren Referenz im Rahmen der Präsentation / Weighting: 5,00

Quality criterion - Name: Erfahrung des/der für die konkrete Auftragsdurchführung vorgesehenen stellvertretenden Gesamtprojektleiter/innen anhand der Darstellung einer bereits erbrachten, vergleichbaren Referenz im Rahmen der Präsentation / Weighting: 3,00

Cost criterion - Name: Honorarermittlung für Grundleistungen inkl. Nebenkosten Leistungsbilder Objektplanung Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke sowie Fachplanung Tragwerk / Weighting: 20,00

Cost criterion - Name: Honorarermittlung für Besondere Leistungen und für Unvorhergesehenes / Weighting: 5,00

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 580 359,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 30

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Stufenweise Beauftragung:

- Stufe 1: LPH 1-2 HOAI;
 - Stufe 2: LPH 3 HOAI;
 - Stufe 3: LPH 4-7 HOAI;
 - Stufe 4: LPH 8-9 HOAI.
- Optionale Flächen:
- Option 1: Schlachthofstraße;
 - Option 2: Umfeld Zollgebäude;
 - Option 3: Ehemalige SÜC Brücke;
 - Option 4: Grünfuge Zollgebäude;
 - Option 5: Grünfuge Firma Späth;
 - Option 8: Itzradweg.

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged number of candidates: 3 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

- Gemittelter Gesamtumsatz in den letzten 3 Jahren [§ 45 VgV] (10 %);
- Gemittelter Umsatz für entsprechende Dienstleistungen im Tätigkeitsbereich des Auftrags (Planungsleistung LPH 1-9 HOAI Objektplanung Verkehrsanlagen + Ingenieurbauwerke; Fachplanung Tragwerk) in den letzten 3 Jahren [§ 45 VgV] (5 %);
- Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten 3 Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitraums sowie des Öffentlichen oder privaten Empfängers [§ 46 VgV] (35 %);
- Durchschnittliche jährliche Gesamtbeschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten 3 Jahren [§ 46 VgV] (8 %);
- Anzahl der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die zur Erfüllung der Leistung eingesetzt werden können [§ 46 VgV] (15 %);
- Beschreibung der technischen Ausrüstung (Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung des Unternehmens für die Ausführung des Auftrags) [§ 46 VgV] (2 %)
- Beschreibung der Maßnahmen des Bewerbers zur Gewährleistung der Qualität seiner Dienstleistung [§ 46 VgV] (8 %);
- Erfahrung mit Planen und Bauen für öffentliche Auftraggeber (Förderantragsstellung, Vergabeverfahren, Rechnungs- und Nachtragsbearbeitung, etc.) in den vergangenen 3 Jahren (10 %);
- Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge (z. B. an Freiberufler/innen) zu vergeben beabsichtigt [§ 46 VgV] (7 %).

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Stufenweise Beauftragung:

- Stufe 1: LPH 1-2 HOAI;
- Stufe 2: LPH 3 HOAI;
- Stufe 3: LPH 4-7 HOAI;
- Stufe 4: LPH 8-9 HOAI.

Optionale Flächen:

- Option 1: Schlachthofstraße;
- Option 2: Umfeld Zollgebäude;

- Option 3: Ehemalige SÜC Brücke;
- Option 4: Grünfuge Zollgebäude;
- Option 5: Grünfuge Firma Späth;
- Option 8: Itzradweg.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Erreicht ein Bieter nicht mindestens 40 % der möglichen Punkte innerhalb der Qualitätskriterien, legt die ausschreibende Stelle zusammen mit dem Bedarfsträger fest, dass im Rahmen einer Zusammenarbeit mit dem Bieter überhaupt keine Erfüllung der gestellten Ausgabe zu erwarten ist.

Termin bis zu dem Bewerberfragen als rechtzeitig gestellt gelten: 23.10.2020

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 44 Abs. 1 und § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV)

Vorlage eines Auszuges aus dem Berufs- oder Handelsregister oder bei Bewerbern von außerhalb Deutschlands aus einem vergleichbaren Register des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist, soweit eine Eintragung nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist, vorgesehen ist. Der Auszug hat den aktuellen Stand wiederzugeben und darf zum Zeitpunkt des Endes der Abgabefrist nach Ziffer IV.2.2. der Bekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union nicht älter als 12 Monate sein.

Bei einer Bewerbergemeinschaft ist ein entsprechender Auszug von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

Nachweis der Berufsqualifikation muss auch bei juristischen Personen (Vorlage der Berufsqualifikation des Geschäftsführers bzw. Inhabers oder einer Führungskraft bzw. eines Angestellten) beigelegt werden. Über die folgenden Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung verfügt(en) der/die verantwortliche(n) Berufsangehörige(n):

Mindestanforderung:

Nachweis der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur/in“: Dipl. Ing. (FH) oder Master für Bauingenieurwesen (oder vergleichbarer Abschluss)

Führung des Nachweises durch Vorlage von:

Eigenerklärung, Auszug Berufs- oder Handelsregister, Kopien von Studien- und/oder Ausbildungsnachweise oder Urkunden

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Berufshaftpflichtversicherung (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV)

Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung des Bewerbers mit einer Deckungssumme von mindestens 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und von mindestens

1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen.

Im Falle von geringeren Deckungssummen als vorstehend genannt, ist eine Bestätigung des in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder eines Versicherungsmaklers einzureichen, aus der hervorgeht, dass im Auftragsfall die Versicherung an vorstehenden Anforderungen angepasst werden wird. Sollte diese Bestätigung von einem Versicherungsmakler erstellt werden, muss sich die Bestätigung auf eine Versicherung eines Versicherungsunternehmens beziehen, welches in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist.

Haben sich für die Versicherung mehrere Versicherer zusammengeschlossen, so ist vom AN zusätzlich die Vereinbarung einer Führungsklausel herbeizuführen, durch welche die zusammengeschlossenen Versicherer gegenüber dem AG uneingeschränkt durch einen der Versicherer als Gesamtschuldner vertreten werden.

Bei Bewerbergemeinschaften sind ein entsprechender Nachweis oder eine entsprechende Versicherungsbestätigung von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

Mindestjahresumsatz (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV)

Eigenerklärung des Bewerbers über den Gesamtumsatz und den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages (Planungsleistungen LPH 1-9 HOAI Objektplanung Verkehrsanlagen + Ingenieurbauwerke; Fachplanung Tragwerk), jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, jeweils in EUR netto. Sollte der tätigkeitsbezogene Umsatz nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils ein tätigkeitsbezogener Umsatz anzugeben, der in dem betreffenden Geschäftsjahr mindestens erzielt worden ist. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen.

Ist der Bewerber/ein Bewerbergemeinschaftsmitglied noch keine 3 Geschäftsjahre tätig, beschränkt sich sein Nachweiszeitraum in der Jahresumsatzerklärung auf die Geschäftsjahre seiner Tätigkeit. Maßgebend für die Einhaltung des Mindest-Jahresumsatzes ist in diesem Fall der Durchschnittswert aus den Geschäftsjahren seiner Tätigkeit.

Bei einer Bewerbergemeinschaft sind die jeweiligen Gesamtumsätze der Mitglieder pro Geschäftsjahr zu addieren und die Summe ist je Geschäftsjahr unter Gesamtumsatz anzugeben. Sofern ein Mindest-Jahresumsatz gefordert wird, genügt es, wenn der Durchschnittswert der Addition der Jahresumsätze der Mitglieder diesen Mindestumsatz erreicht. Entsprechendes gilt für die jeweiligen Umsätze im Tätigkeitsbereich des Auftrages.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Berufshaftpflichtversicherung (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV)

Deckungssumme von mindestens 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und von mindestens 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden)

Mindestjahresumsatz (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV)

Gemittelter Gesamtjahresumsatz: 500 000,00 EUR (netto) pro Jahr

Gemittelter Gesamtjahresumsatz für entsprechende Dienstleistungen im Tätigkeitsbereich des Auftrags: 350.000,00 EUR (netto) pro Jahr

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Referenzliste (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV)

Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten 3 Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitraums sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers.

Die Auflistung ist auf Projekte zu beschränken, deren Anforderungen mit denen der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind und mindestens die Leistungsphasen 1-8 HOAI erbracht wurden.

Für den Fall, dass eine nicht ausreichende Zahl an Bewerbern die Referenzen im vorgegebenen Zeitraum nicht nachweisen kann, werden auch einschlägige Referenzen berücksichtigt, die mehr als 3 Jahre bis max. 5 Jahre zurückliegen, um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen.

Eine Liste (möglichst im Format DIN A 4) der wesentlichen in den letzten 3 Jahren erbrachten vergleichbaren Leistungen mit folgenden Angaben:

Planungsleistung Objektplanung Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke, Fachplanung Tragwerk (jeweils LPH 1-8 HOAI)

- Projektbezeichnung und Projektbeschreibung;
- Baukosten (Kostenberechnung und Kostenfeststellung);
- Angabe der vertraglich vereinbarten Honorarzonen;
- ausgeführte Leistungsphasen nach HOAI;
- Ausführungszeit (vorgesehene und tatsächliche Bauzeit);
- Name des Auftraggebers (öffentlicher oder privater Empfänger);
- das jeweilige Vertragsverhältnis zum genannten Auftraggeber (Allein-Auftraggeber, ARGE-Partner, Angestellter usw.).

Bei Bewerbungsgemeinschaften muss klar erkennbar sein, welches Referenzprojekt welchem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zuzuordnen ist. Die Mindestanforderungen erfüllende Referenzprojekte der Mitglieder werden der Bewerbungsgemeinschaft zugerechnet.

Präsentationsunterlagen (pro Projekt maximal 3 DIN A 4 Blätter) der Projekte aus den letzten 3 Jahren, anhand derer die fachliche Eignung für die anstehenden Leistungen besonders deutlich wird.

Eine allgemeine Firmenbroschüre ohne besondere Kennzeichnung der entsprechenden Referenzprojekte wird nicht in die Wertung mit einbezogen!

Für den Fall, dass eine nicht ausreichende Zahl an Bewerbern die Referenzen im vorgegebenen Zeitraum nicht nachweisen kann, werden auch einschlägige Referenzen berücksichtigt, die mehr als 3 Jahre bis max. 5 Jahre zurückliegen, um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen.

Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV)

Die durchschnittliche jährliche Anzahl der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die zur Erfüllung der ausgeschriebenen Leistung eingesetzt werden können.

Angaben zur Struktur und Organisationsform für die Leistungserbringung in Form eines Organigramms (max. 1 DIN A4 Seite). Es sollen hierbei Geschäftsleitung, Projektleitung, Team, Planer, Ausschreiber und Objektüberwacher in Bezug gesetzt werden. Bitte eventuelle Unterauftragnehmer und ARGE Partner kennzeichnen.

Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten des Bewerbers und die Zahl der Führungskräfte des Bewerbers jeweils in den letzten 3 Jahren sowie die Anzahl der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die zur Erfüllung der Leistung eingesetzt werden können, ersichtlich ist. Bei einer Bewerbungsgemeinschaft sind je Jahr die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und die Zahl der Führungskräfte jedes Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft zu addieren. Sollte die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und der Führungskräfte nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils eine durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und der Führungskräfte anzugeben, die in dem betreffenden Jahr mindestens beschäftigt waren. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen. Als Beschäftigte gelten die sozialversicherungspflichtig angestellten Arbeitnehmer.

Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens sowie Erklärung, aus der ersichtlich ist, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt, ist beigelegt.

Beschreibung der Maßnahmen des Bewerbers zur Gewährleistung der Qualität seiner Dienstleistung bzw. Qualifizierung ISO 9001 oder TÜV Qualitätsstandard „Planer am Bau“
Erfahrungen des Bewerbers mit öffentlichen Auftraggebern und geförderten Baumaßnahmen (Vergabeverfahren, Rechnungs- und Nachtragsbearbeitung, etc.) in den vergangenen 3 Jahren.

Erklärung des Bewerbers über die mögliche Vergabe von Unteraufträgen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Referenzliste (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV)

Mindestens 2 Referenzen mit vergleichbaren Planungsleistungen (mind. LPH 1-8 HOAI) für Geh- und Radwegbrücken mit vergleichbaren Planungs- und/oder Beratungsanforderungen und mit Kosten nach DIN 276 von jeweils mindestens 250 000,00 EUR (netto).

Mindestens 3 Referenzen mit vergleichbaren Planungsleistungen (mind. LPH 1-8 HOAI) für höherwertig gestaltete Ortsstraßen mit vergleichbaren Planungs- und/oder Beratungsanforderungen und mit Kosten nach DIN 276 von jeweils mindestens 500 000,00 EUR (netto).

Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV)

3 technische Fachkräfte oder technische Stellen des ausgeschriebenen Fachbereichs.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass die Bildung einer Bietergemeinschaft unzulässig ist, sofern damit eine wettbewerbsbeschränkende Vereinbarung gemäß § 1 GWB getroffen wird.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 02/11/2020 Local time: 14:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 16/11/2020

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Die Teilnahmeanträge und die Angebote sind einschließlich der jeweils geforderten Unterlagen ausschließlich elektronisch über die Vergabepattform Tender24 zu übermitteln.

Unter Tender24 ist eine Anleitung für Unternehmen enthalten, in der die Funktionen und die Nutzung des E-Vergabe-Portals beschrieben sind.

Eine anderweitige Übermittlung des Teilnahmeantrags und der Angebote (z. B. per Post, Kurier, direkt, anderweitig elektronisch (bspw. per E-Mail), fernschriftlich) ist nicht zugelassen.

Der Teilnahmeantrag und die Angebote müssen vollständig sein. Für den Teilnahmeantrag und die Angebote sind die vom Auftraggeber bereitgestellten Formblätter zu verwenden.

Termin bis zu dem Bewerberfragen als rechtzeitig gestellt gelten: 23.10.2020.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Regierung von Oberfranken – VOB-Stelle

Postal address: Ludwigstraße 20

Town: Bayreuth

Postal code: 95444

Country: Germany

E-mail: vob-stelle@reg-ofr.bayern.de

Telephone: +49 921 / 604-1596

Fax: +49 921 / 604-1258

Internet address: <http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/bauen/vob-stelle/>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

— der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftrag eben nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB.

§ 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die Betroffenen Bieter ergangen ist.

Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst 10 Kalendertagen nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über das E-Vergabe-Portal) der Information nach § 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim Betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

Gemäß § 135 Abs. 2 Satz 1 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der Betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Regierung von Mittelfranken – Vergabekammer Nordbayern

Postal address: Promenade 27

Town: Ansbach

Postal code: 91522

Country: Germany

E-mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de

Telephone: +49 981 / 53-1277

Fax: +49 981 / 53-1837

Internet address: http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/aufg_abt/abt2/abt3Sg2101.htm

VI.5. Date of dispatch of this notice

30/09/2020